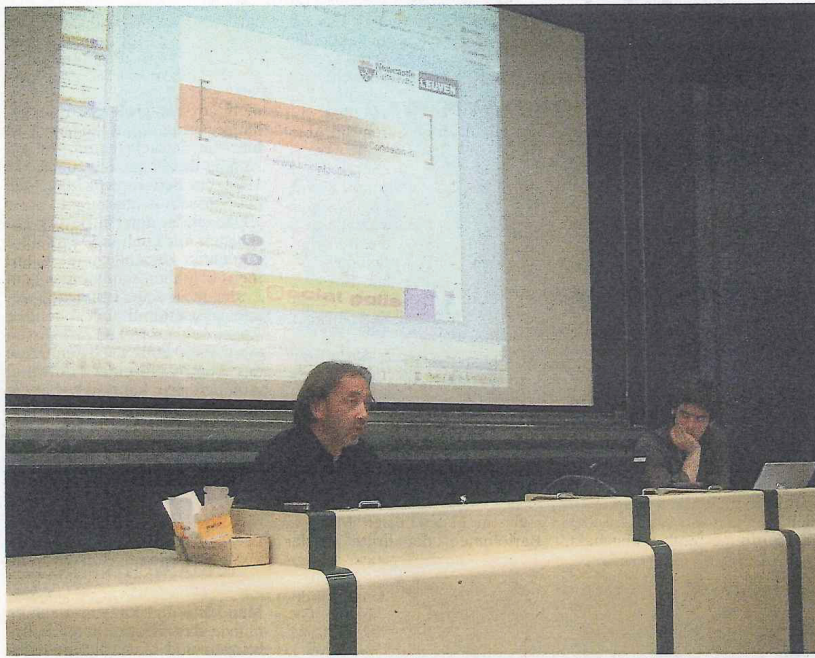


# „Dort, wo Staat und Privatunternehmen versagen“



Romain Bieber (Réseau Objectif Plein Emploi) anlässlich seiner Intervention zur „governance“

Die Plattform „Social Polis“ ist ein europäisch finanziertes Forschungsprojekt. Ihre Mitglieder kommen aus Forschung und Praxis und sind im Bereich der sozioökonomischen Innovation tätig.

Seit zwei Jahren arbeitet die Plattform im Auftrag der Europäischen Kommission an der Ausarbeitung einer Forschungsagenda zur Gestaltung der zukünftigen europäischen Politik im Bereich der sozialen Kohäsion.

300 Teilnehmer nahmen am 11. und 12. Mai in Wien an der Abschlusskonferenz der Plattform „Social Polis“ teil. „Objectif Plein Emploi“ (OPE), mit Diane Remy und Romain Bieber, und das „Institut européen de l'économie solidaire“ (INEES), mit Eric Lavillunière, sind seit zwei Jahren an diesen Arbeiten beteiligt und waren in Wien zuständig für die Leitung des Workshops „Think differently: Supporting local socioeconomic initiatives for strengthening social cohesion“ und maßgeblich an zwei anderen Workshops zu den Themen „Governance“ und „Neighbourhood development and grassroot initiatives“ beteiligt.

Fazit ist, dass die luxemburgischen Vertreter, OPE und INEES, vornehmlich dazu beigetragen haben, dass die Anliegen der Solidarwirtschaft in Zukunft mit in die neuen Rahmenbedingungen zur „Forschung im Bereich der sozialen Kohäsion“ der Europäischen Union mit einfließen werden.

## „Governance“: Aufgabe für die Wissenschaft?

Governance ist ein sehr politisches Thema, es handelt allgemein in unserer demokratischen Gesellschaft von geteilter Verantwortung, von verschiedenen Ebenen der Entscheidungsfindung bis zur Frage der Einbindung der Zivilgesellschaft in Vorschlags- und Entscheidungsfindung.

In diesem Sinne wurde auf keinen Fall das System der repräsentativen Demokratie, die wir kennen, wenn wir zu Wahlen schrei-

ten, in Frage gestellt, aber es wurde auf aktuelle Unzulänglichkeiten dieses Systems aufmerksam gemacht. Es wurde vor allem festgehalten, dass die Wirtschaft nicht mehr von unseren Volksvertretern im Sinne einer Nationalstaatlichkeit, noch von einer europäisch gelenkten politischen Kraft zum Wohle der Allgemeinheit organisiert werden kann.

Romain Bieber wies in seinem Referat darauf hin, dass in diesem Zusammenhang die historische Betrachtung es erlaubt zu sehen, dass den Unternehmen im Laufe der Entwicklung der zwei letzten Jahrhunderte des Industriezeitalters immer mehr Bedeutung zukam und sie somit schlussendlich, wenn sie denn die Form von multinationalen Konzernen erreichen konnten, als sogenannter Angelpunkt zu den wahren Politikgestaltern aufstiegen.

Die Eigendynamik, die damit einhergeht, besteht dann schlussendlich darin, dass diese weltweiten Konzerne nur noch auf die Ausweitung ihrer Macht und die Kontrolle jeglicher Konkurrenz (Alternative) ausgerichtet sind, ohne Rücksicht auf die wirklichen Bedürfnisse der Menschen. Sie werden nicht nur zum Staat im Staat, sondern sie hebeln jegliche demokratischen Mechanismen aus.

Um demokratische Mechanismen wieder funktionsfähig zu machen, schlägt Romain Bieber weiter vor, den Angelpunkt „Unternehmen“ in Zukunft und das Zeitalter der Wissensgesellschaft vorbereitend, durch den Angelpunkt „Territorium“ zu ersetzen. Im Klartext heißt dies, dass die moderne zukünftige Gesellschaft das „Unternehmen Territorium“ als Ausgangspunkt zur Produktion von Waren und Dienstleistungen in den Mittelpunkt des ökonomischen Handelns stellen sollte, um so den Bedürfnissen der Menschen besser gerecht werden zu können. Diese Herangehensweise kann auch für die Proble-

matik des Nord-Süd-Gefälles von Nutzen sein. Damit man zu solchen Ansätzen kommen kann, schlägt er vor, territoriale (regionale) Forschungs- und Exzellenzzentren zu diesen Konzepten einzurichten, welche international untereinander zu vernetzen wären. In Zeiten tief greifender sozioökonomischer Umwälzungen zeigen immer mehr europäische

Staaten reges Interesse an den sogenannten „Neighbourhood development and grassroot initiatives“ und deren Einfluss auf die territoriale Entwicklung, die Schaffung von dauerhaften Arbeitsplätzen sowie deren Beitrag zu sozialer Kohärenz. Das Forschungsprojekt hat ergeben, dass es für diese von der Zivilbevölkerung ausgehenden lokalen Initiativen kein einheitliches Konzept gibt. Sie sind weitgehend abhängig von nationalen Gegebenheiten.

Eric Lavillunière (INEES) un-

terstrich in seinem Vortrag, dass die Solidarwirtschaft gerade in schwierigen Zeiten einen wichtigen Beitrag zur sozialen Kohärenz leistet.

## Bedürfnisse werden nicht erfüllt

Das klassische Wirtschaftssystem, bestehend aus staatlichem und privatem Sektor, ist nicht in der Lage bzw. gewillt, sämtliche Bedürfnisse der Bevölkerung zufriedenstellend abzudecken. Die sogenannte Solidarwirtschaft setzt dort an, wo Staat und Privatunternehmen versagen und vermittelt eine andere Form des Wirtschaftens.

So gibt es durchaus andere Formen, um dauerhaft mit mehr Fairness, demokratischer und verantwortungsbewusster zu produzieren, zu verteilen, zu konsumieren und zu sparen.

Diese solidarischen Initiativen versuchen alle, die Solidarität und Innovation in den Mittelpunkt zu stellen. Sie verbessern das Leben in den Territorien. Sie beachten Bedürfnisse, die in öffentlichen Räumen kollektiv mit den Verbraucher-Akteuren definiert werden. Sie sind also zugleich Begründer neuer sozialer Bindungen, neuer institutioneller Praktiken und neuer Verhältnisse zwischen Wirtschaft und Arbeit.

Darum fordern die Teilnehmer des Workshops, dass die Solidarökonomie in die europäische Tagesordnung aufgenommen wird und als dritter Pfeiler, zwischen staatlichem und privatem Sektor, anerkannt wird.

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise zeigt deutlich die Schwächen des klassischen Wirtschaftssystems und stellt unsere politischen Programme und Denkweisen in Frage.

Solange die soziale Kohärenz der wirtschaftlichen Entwicklung untergeordnet bleibt und nur im Rahmen der Umverteilung konzipiert wird, wird die Gesellschaft am Rande bleiben.

Die solidarische Wirtschaft ist keine Wirtschaft, die kostet, sie produziert dauerhaften Reichtum und stellt den Menschen ins Zentrum der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung.

Diane Remy (OPE) wies in ihrem Referat darauf hin, dass das öffentliche Auftragswesen für eine nachhaltige, solidarische und ausgewogene territoriale Entwicklung ein möglicher politischer Weg sei und zeigte, wie

man sie als Hebel zu diesem Zweck nutzen kann.

Die 2004/18/EG-Richtlinie vom 31. März 2004 bietet den Einkäufern die Möglichkeit, bei den öffentlichen Aufträgen neben den rein wirtschaftlichen Kriterien auch soziale, ethische und ökologische Überlegungen bei der Vergabe in Betracht zu ziehen.

Dies erfordert aber ein völliges Umdenken! Lange Zeit herrschte die Meinung vor, dass der geringste Preis die Wahrung des öffentlichen Interesses garantiert. Heute ist offensichtlich, dass dieser Ansatz, der gleichbedeutend mit einer Verschlechterung der Arbeitsqualität und Umwelt ist, überdacht werden muss.

Die Franzosen haben die EG-Richtlinie erfolgreich in ihr Nationalrecht übertragen. In Luxemburg ist das noch immer nicht geschehen.

## Öffentliches Auftragswesen

Es erweist sich jetzt schon, dass das öffentliche Auftragswesen ein effizientes und innovatives Instrument sein kann, welches die soziale Kohärenz und die Lebensqualität sowie ein besseres Zusammenleben in den Territorien positiv beeinflusst. Somit forderte Diane Remy ein öffentliches Auftragswesen, das unseren lokalen Unternehmen, seien es „klassische“ oder solche der Solidarwirtschaft, eine Teilnahme im Sinne der Nachhaltigkeit erlaubt.

Eine einfache, aber starke Idee, die die Solidarwirtschaft in die Europäische Forschungsagenda zur sozialen Kohäsion einzufügen. Die partizipative Erstellung einer Kartographie der solidarwirtschaftlichen Projekte in Europa hat folgenden Nutzen: Sie soll beweisen, wie solche von Bürgern ausgehende Projekte ein neues Wirtschaftsparadigma aufbauen, welches in seinem Innern soziale Kohäsion produziert.

Dies ist eine Idee, welche INEES schon während der Konferenz „2<sup>e</sup> rencontres nationales sur la stratégie de Lisbonne“ im Dezember 2008 im Centre de Recherche Public Henri Tudor vorgestellt hatte.

Diese Idee müsste Minister Biltgen, zuständig für Forschung wie für Arbeit und Beschäftigung, eigentlich stark interessieren ...

Und würde Luxemburg die Gelegenheit bieten, sich an die Spitze dieser Entwicklungen in Europa zu setzen.



Eric Lavillunière (INEES), Marjorie Jouen (Think Tank Notre Europe) und Laurent Fraise („Centre de recherche CRIDA“) anlässlich des Workshops „Anders denken: die sozioökonomischen Lokalinitiativen zur Stärkung der sozialen Kohäsion“ (v.l.n.r.)

Photos: INEES